

EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Zum Denken und Fühlen ..

Heute einmal eine Meinungsäußerung des DIHK zur Forderung der EU-Kommission, im Bereich der Grundbildung europäische "Kompetenz-Garantieren" einzuführen:

http://www.dihk.de/presse/thema-der-woche/thema-der-woche/2016/tdw-07072016/at_download/file?mdate=1467892241236

Auch wenn das nicht klar geäußert wird, stimme ich dem Verdacht zwischen den Zeilen zu, dass hier die Verantwortung für Mindeststandards den Unternehmen statt den Schulen zugeschoben werden soll.

Europäische Kommission

Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU

Am 29.06.2016 stellte die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Mogherini die neue Strategie der Europäischen Union für die Außen- und Sicherheitspolitik vor. Der Außenministerrat soll darüber am 18.07.2016 beraten. Neben der Betonung europäischer Interessen und Werte nennt die Strategie vorrangig fünf Ziele für die Sicherheit der Union: Terrorismusbekämpfung, Abwehr hybrider Bedrohungen, ökonomische Stabilität in den Beitrittskandidaten- und Nachbarstaaten, Bekämpfung des Klimawandels und eine sichere Energieversorgung. Als Nachbarstaa-

ten werden neben Nord- und Zentralafrika auch die Staaten Zentralasiens definiert. Zur Abwehr territorialer aber auch auf Bürger der Union gerichteter Gefahren bedürfe es gemeinsamer Anstrengungen der Union und der Mitgliedstaaten in den Bereichen Verteidigung, Cybersicherheit, Energie und strategischer Kommunikation. Konkrete Forderungen können der Strategie in Bezug auf Russland (Einhaltung des Völkerrechts bei Dialogbereitschaft), über die Zusammenarbeit mit Nordamerika (Verabschiedung der Freihandelsabkommen CETA und TTIP) und bei der künftigen Ausgestaltung des Teiles "Sicherheit" der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU entnommen werden: Soft power sei nicht mehr ausreichend und neben die zivil-militärische Komponente habe sich auch eine leistungsfähige europäisch ausgerichtete Verteidigungsindustrie zu stellen, die den von den Mitgliedstaaten eingegangenen internationalen Verpflichtungen nachkommt. Ausdrücklich wird auch die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen mit der NATO für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik genannt, die aber nur für die Mitgliedstaaten gelten soll, die in beiden internationalen Organisationen mitwirken. Ein weiteres Ziel der Strategie ist eine gemeinsam mit den Herkunfts- und Transitstaaten gestaltete Migrationspolitik unter Wahrung der weltweiten Verantwortung und Solidarität der EU.

<https://europa.eu/globalstrategy/en/global-strategy-foreign-and-security-policy-european-union>



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Bericht zum fünfjährigen EU-Südkorea-Freihandelsabkommen

Die Kommission hat am 01.07.2016 einen detaillierten Bericht anlässlich des fünften Jahrestages des Inkrafttretens des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Südkorea veröffentlicht. Wie der Bericht zeigt, sind die EU-Ausfuhren nach Südkorea seit dem Inkrafttreten um 55% gestiegen. Dabei konnten die EU-Unternehmen aufgrund der Abschaffung bzw. Senkung von Zöllen Einsparungen von 2,8 Mrd. EUR erzielen. Laut dem Bericht nimmt der bilaterale Warenhandel zwischen der EU und Südkorea seit 2011 stetig zu und erreichte mit einem Volumen von über 90 Mrd. EUR im Jahr 2015 ein Rekordniveau. Durch das Abkommen haben sich nicht nur die eher traditionellen Ausfuhren von Maschinen, Beförderungsmitteln und chemischen Erzeugnissen erhöht, sondern auch neue Exportchancen für viele kleine europäische Unternehmen eröffnet. Somit habe sich das frühere Handelsdefizit der EU mit Südkorea in einen Handelsüberschuss verwandelt.

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2016/june/tradoc_154699.pdf

Ukraine nimmt am Euratom Forschungsprogramm teil

Die EU und die Ukraine haben einen weiteren Schritt unternommen, um ihre gegenseitigen Verpflichtungen zum beiderseitigen Vorteil im Bereich Forschung und Wissenschaft zu vertiefen. Am 28.06.2016 unterzeichneten Carlos Moedas, Kommissar für Forschung, Wissenschaft und Innovation, und der ukrainische Außenminister, Pavlo Klimkin, eine Vereinbarung, welche der Uk-

raine Zugang zum Euratom-Forschungsprogramm gewährt.

Europäischer Rat

Slowakei übernimmt Ratspräsidentschaft

Zum 01.07.2016 hat die SLK die halbjährlich wechselnde Ratspräsidentschaft der EU von den NDL übernommen und setzt die Triopräsidentschaft (NDL, SLK, MTA) fort. Seit dem EU-Beitritt durch die Erweiterungsrunde 2004 übernimmt sie zum ersten Mal die Präsidentschaft im Rat. Das Arbeitsprogramm ist in drei Teile gegliedert. Im ersten Teil wird die Vision der slowakischen Ratspräsidentschaft für die EU genannt. Diese baut auf zwei Säulen, einer positiven Agenda+ und nachhaltigen Lösungen+ auf. Mit der Säule positive Agenda+ soll ein Großteil der Anstrengungen darauf verwendet werden, positive Erfahrungen in Bezug auf den Binnenmarkt zu nutzen und diese auf weitere Säulen der EU anzuwenden. Dazu sollen vor allem Schranken zwischen den Mitgliedstaaten (MS) abgebaut werden, um Vorteile für Wirtschaft und Bürger zu schaffen. Die Säule nachhaltige Lösungen+ dient dazu, langfristige Lösungen, die eine Perspektive für die Zukunft aufweisen, zu fördern. Diese Herangehensweise ist für die EU essentiell, um von bloßem Krisenmanagement zur systematischen Erfüllung ihrer strategischen Vision zu gelangen, so das Programm. Im zweiten Teil werden die vier Prioritäten der Präsidentschaft benannt. Diese sind: Ein wirtschaftlich starkes Europa; moderner Binnenmarkt; nachhaltige Migra-



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

tions- und Asylpolitik und ein global engagiertes Europa.+ Der dritte Teil ist nach Ratsformationen aufgeteilt und benennt die Aufgaben und Vorgehensweise der SLK in den nächsten sechs Monaten.
<https://sk16.eu/m2/de.html>

Misstrauen gegenüber der Marktwirtschaft

Am 27./28.06.2016 hat die Kommission den Rat Landwirtschaft und Fischerei in dessen Sitzung in Luxemburg über die jüngsten Marktentwicklungen in den wichtigsten landwirtschaftlichen Sektoren informiert. Sie erstattete ferner Bericht über die Stützungsmaßnahmen, die auf den Ratstagungen im September 2015 und im März 2016 vereinbart worden waren. In der anschließenden Diskussion wurden die derzeit geltenden Maßnahmen einer eingehenden Bewertung unterzogen. Viele Mitgliedstaaten zeigten sich weiterhin besorgt über die gegenwärtige Marktsituation und betonten, dass die schwierige Lage, in der sich die europäischen Landwirte befinden, gelindert und ein Beitrag zur Nachhaltigkeit der am stärksten betroffenen Sektoren geleistet werden muss. Der NDL-Vorsitz forderte in seiner Bilanz die Kommission auf, im Juli 2016 eine Reihe von Maßnahmen vorzulegen, mit denen unter Berücksichtigung der derzeitigen Haushaltszwänge der gegenwärtige Marktdruck abgemildert werden soll. Hintergrund ist, dass trotz der bisherigen beiden Maßnahmenpakete die Krise im Milch-, Schweinefleisch- sowie Obst- und Gemüse-sektor aufgrund des anhaltenden Ungleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage anhält. Dies beeinträchtigt das Einkommen der Landwirte.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/docume nt/ST-10721-2016-INIT/en/pdf>

EAD legt Vorschlag für die globale Strategie für die EU-Außenpolitik vor

Im Rahmen der Tagung des Europäischen Rates (ER) am 28.06.2016 stellte die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini den Vorschlag des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) für eine Globale Strategie der EU vor. Im Vorwort erklärt Mogherini, dass Einzelstaaten nicht die Kraft hätten, sich den globalen Herausforderungen zu stellen, die EU als Ganzes aber einzigartiges Potential habe. Daher solle die EU als führende Kraft mit einer geographisch wie thematisch globalen Strategie agieren. Beispielhaft werden dabei die Themen militärische Einsätze, Kampf gegen den Terrorismus, Arbeitsplätze, inklusive Gesellschaft und Menschenrechte genannt. Die EU sei zudem keine reine „soft power“ mehr. diverse Militäreinsätze hätten gezeigt, dass in der EU „soft and hard power“ Hand in Hand gingen. Mit nur wenigen konkreten Handlungsfeldern beschreibt die Strategie einen ganzheitlichen Ansatz für eine gemeinsame Strategie der Außenpolitik, der auch innenpolitische Maßnahmen wie polizeiliche Zusammenarbeit mit umfasst.

<https://europa.eu/globalstrategy/en/global-strategy-promote-our-citizens-interests>

Wesentliche Ergebnisse des ECOFIN-Rates

Am 21.06.2016 tagte der Rat für Wirtschaft und Währung (ECOFIN) in Brüssel. Der Rat hat eine politische Einigung zum Entwurf einer Richtlinie zur Bekämpfung der Steu-



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

erforderung erzielt und über den Sachstand des Vorschlags für eine Richtlinie zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS) diskutiert. Das Ziel, offene Fragen zur FTS bis Ende Juni zu klären, konnte nicht erreicht werden. Die Arbeit wird in der zweiten Hälfte 2016 fortgesetzt werden.

Ferner hat der Rat Schlussfolgerungen mit einem Zeitplan für die Vollendung der Bankenunion verabschiedet. Darin werden Prioritäten und Meilensteine für die kommenden Jahre festgelegt. Hierzu gehören insbesondere Risikoteilung und Risikoreduzierung im Bankensektor. Die Arbeit soll sich auf drei Hauptthemen konzentrieren: Europäisches Einlagensicherungssystem (European Deposit Insurance Scheme - EDIS), Common Backstop und Bankenregulierung zur Risikoreduzierung. In Hinblick auf EDIS wird der Rat seine Arbeit auf technischer Ebene fortsetzen. Verhandlungen auf politischer Ebene werden beginnen sobald hinreichende Fortschritte bei den Maßnahmen zur Risikoreduzierung erzielt worden sind. In diesem Zusammenhang hat der Rat zur Kenntnis genommen, dass die Mitgliedstaaten beabsichtigen bei den politischen Verhandlungen auf ein zwischenstaatliches Übereinkommen (Intergovernmental Agreement - IGA) zurückzugreifen. Die Kommission hat den Rat über die Umsetzung der Rechtsakte im Bereich der Bankenunion durch die Mitgliedstaaten informiert. Im Vergleich zur letzten Sitzung des ECOFIN haben sich, entgegen der Ankündigung der Kommission, keine wesentliche Änderungen ergeben.

http://www.consilium.europa.eu/en/meeting/s/ecofin/2016/06/17/?utm_source=dsmsaut

[o&utm_medium=email&utm_campaign=Econo-mic+and+Financial+Affairs+Council%2c+17](http://www.consilium.europa.eu/press-releases-pdf/2016/6/47244642837_en.pdf)

http://www.consilium.europa.eu/press-releases-pdf/2016/6/47244642837_en.pdf

Europäisches Parlament

Emissionsgrenzwerte für Rasenmäher beschlossen

Das EP hat in seiner Plenarsitzung vom 05.07.2016 Emissionsgrenzwerte für Verbrennungsmotoren von Maschinen beschlossen, die nicht für den Straßenverkehr geeignet sind. Damit betreffen die Grenzwerte Rasenmäher, Bulldozer, Erntemaschinen sowie Binnenschiffe. Laut einem Bericht des EP werden 15% aller Stickoxidemissionen und 5% der Feinstaubemissionen in der EU von Verbrennungsmotoren von Maschinen, die nicht für den Straßenverkehr geeignet sind, produziert. Die Emissionsgrenzwerte sind in verschiedene Kategorien unterteilt . je nach Leistung der Motoren . und regeln den zulässigen Ausstoß von Kohlenstoffmonoxid, Kohlenwasserstoff, Stickoxid sowie von Feinstaub.

Eurostat

EUROSTAT veröffentlicht Asylstatistik für das erste Quartal 2016.

Am 16.06.2016 veröffentlichte die europäische Statistikbehörde Eurostat die Statistik zu Asylanträgen in der EU im ersten Quartal 2016 (Januar-März). Demnach wurden insgesamt in der EU 287 100 Erstanträge



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

auf Asyl gestellt. Im Vergleich zum vierten Quartal 2015 ist dies ein Rückgang um 138 900 beziehungsweise 33 %. Die meisten Antragsteller kamen aus Syrien (102 400), Irak (35 000) und Afghanistan (34 800). Von den 287 100 Asylerstanträgen wurden 175 000 in Deutschland gestellt, 8 % mehr als im vierten Quartal 2015 und rund 61 % aller in der EU gestellter Asylanträge. Dahinter folgten Italien (22 300 beziehungsweise 8 %), Frankreich (18 000 beziehungsweise 6 %), Österreich (13 900 beziehungsweise 5 %) und Großbritannien (10 100 beziehungsweise 4 %). Die höchste Quote erstmaliger Asylbewerber im Verhältnis zur Einwohnerzahl des jeweiligen Mitgliedstaates wurde mit 2 155 Bewerbern je 1 Mio. Einwohner ebenfalls in Deutschland verzeichnet. An zweiter und dritter Stelle standen Österreich (1 619) und Malta (904); der EU-weite Durchschnitt liegt bei 565 Asylbewerbern je 1 Mio. Einwohner. Insgesamt sind EU-weit mehr als eine Mio. Asylanträge anhängig, davon 473 000 beziehungsweise 47 % in Deutschland.

http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Asylum_quarterly_Report

Eurogruppe

Wesentliche Ergebnisse der Sitzung vom 16.6.

Am 22.06.2016 tagte die Eurogruppe in Luxemburg. Wesentliche Themen waren die Entwicklung der Inflation und der Wechselkurse, die Tragfähigkeit der Rentensysteme im Euro-Raum, die Artikel-IV-Überprüfung

des Euro-Währungsgebiets durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) und das Arbeitsprogramm der Eurogruppe für das zweite Halbjahr 2016.

Die Minister haben auf Grundlage der Bewertung der EZB und der Kommission über die Entwicklung der Inflation und der Wechselkurse im Euro-Währungsgebiet in den letzten sechs Monaten gesprochen. Laut Eurogruppenchef Dijsselbloem waren sich die Minister, die Kommission und auch der IWF einig, dass die durchgeführten Strukturreformen und die Maßnahmen der EZB greifen und die Inflation steigen werde.

Die Eurogruppe diskutierte erneut über die langfristigen Risiken für die Tragfähigkeit der Rentensysteme der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets. Besonderer Fokus lag hier auf den Risiken, die sich aus makroökonomischen und demografischen Unwägbarkeiten ergeben können, sowie der Frage, wie staatliche Politik bei der Eindämmung dieser Risiken helfen kann.



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Auswahl und Redaktion:



Dagmar Weiner

Europabeauftragte FDP Kreis Offenbach-Land und
OV Neu-Isenburg

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg
E-Mail: d.weiner@fdp-kreis-of.de

